



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0296690

E/XIII/28a - 9. Dezember 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Haushaltsberatung 1959 Von H.G. Ritzel, MdB, Mitglied des Haushaltsausschusses	105
4	Sabotage der Genfer Konferenzen? Neue gefährliche Äußerungen von Strauß	48
5 - 6	Fernsehen und Finanzpolitik weiter gefährdet Druck von außen - Querschüsse von innen - Rheinland-Pfalz blockiert	71
7	Mehr Geld für Volksgärten! Unsere Kinder brauchen die Praxis Von Elfriede Weiler, MdB, Düsseldorf	45

* * *
* * *

Haushaltsberatung 1959

Von H.G. Ritzel, M.d.B., Mitglied des Haushaltsausschusses

Bundesfinanzminister Franz Etzel gab mit seiner großen Haushaltsrede zum Etatentwurf 1959 den Startschuß zur Durchführung einer Debatte, die sich nicht nur auf das Parlament beschränken wird. Man kann dem Bundesfinanzminister und damit auch seinem engsten Mitarbeiter auf dem Gebiete des Haushalts, Professor Dr. Kettlage, die Anerkennung nicht versagen, daß in der tiefgründigen Haushaltsrede schwerwiegende Probleme mit großer Ernst und zum Teil mit wissenschaftlicher Gründlichkeit angesprochen worden sind. Das gilt insbesondere für das sehr interessante Kolleg über die Subventionen. Man kann dem Bundesfinanzminister nur zustimmen, wenn er verlangt, daß die Subventionsausgaben des Bundeshaushalts auf ihre Vertretbarkeit im Rahmen der gesamten Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung zu überprüfen sind. Dabei werden sich jedoch nicht nur gruppenegoistische Interessen, sondern auch weltanschaulich fundierte Meinungen geltend machen. Der Bundesfinanzminister hat festgestellt, daß die Ausgabe-seite des Bundeshaushalts 1959 insgesamt über 1,5 Milliarden DM an sichtbaren Subventionen aufweist. Von den großen Subventionen nannte er die Milchprämie mit 400 Mio DM, die Düngemittelverbilligung mit 316 Mio DM, die getreidewirtschaftliche Vorratshaltung mit 300 Mio DM, die Treibstoffverbilligung zugunsten der Landwirtschaft mit 218 Mio DM und Zinsverbilligungen für landwirtschaftliche und sonstige Zwecke mit 125 Mio DM.

Ein zweites Hauptproblem sprach Etzel in seinen Darlegungen zum Militärhaushalt an. Er verteidigte zunächst den Ansatz der Militäraufwendungen im laufenden Haushaltsjahr 1958 und meinte, daß alle Beteiligten nach dem Stand der Dinge bei der Verabschiedung des Bundeshaushaltsplanes 1958 davon ausgehen könnten, daß ein Gesamtansatz von 10 Milliarden DM dem tatsächlichen Kassenbedarf für Verteidigungszwecke entsprechen würde. Wir nehmen es dem Bundesfinanzminister nicht übel, daß er noch heute etwas verteidigt, was ihm damals schon als nicht verteidigungswert erscheinen mußte, denn der von mir in Namen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion verlangten Kürzung des Verteidigungshaushaltes konnte Bundesfinanzminister Etzel schon bei Abschluß der Etatberatung 1958 kein Argument entgegensetzen. Heute sieht er selbst ein, daß die

Möglichkeit einer Kürzung im Rahmen des Militärhaushalts durchaus möglich ist. Zwar werden im Einzelplan der Verteidigung insgesamt 11,6 Milliarden DM veranschlagt, von denen 11 Mrd. DM auf die Bundeswehr und 600 Mio DM auf Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte entfallen, aber der Bundesfinanzminister schlägt vor, von diesen 11 Mrd DM 4 Mrd DM zu verwenden, um schwebende Zahlungsverpflichtungen (sogenannte Haushaltsreste) für die keine Deckung mehr vorhanden ist, erneut zu decken.

Die Möglichkeiten, die der Minister sieht, übersteigen sogar noch die Wünsche, die die Sozialdemokratie bei der Haushaltsberatung 1958 geäußert hat: Von den dem behaupteten Bedarf durch die Neudeckung von Haushaltsresten entzogenen vier Mrd DM werden wiederum zwei Mrd DM in Haushaltsplan der Allgemeinen Finanzverwaltung als Weniger-Ausgabe abgesetzt, weil der Bundesfinanzminister nicht zu Unrecht der Auffassung ist daß diese zwei Mrd DM überhaupt nicht verausgabt werden können, es sei denn, der Bundesverteidigungsminister hätte freie Hand, um sein Abenteuer zur Ausstattung der Bundeswehr mit atomaren Waffen ins uferlose fortzusetzen.

Es ist interessant zu wissen, daß unter Einbeziehung aller Sonderlasten, die sich aus der Lage ergeben, in die Deutschland durch den Krieg geraten ist, der Anteil der Verteidigungslasten am Bruttosozialprodukt auf 14,6 % zu berechnen ist und daß diese Belastung damit wesentlich über den vergleichbaren Belastungen der Partnerstaaten der NATO liegt. Die reinen Zahlenangaben des engeren Verteidigungshaushalts zeigen 5,5 % Anteil des Bruttosozialprodukts an den Verteidigungslasten.

Auch dieses Jahr hat die Bundesregierung durch die Erklärung des Bundesfinanzministers in bezug auf die Beteiligung des Sozialhaushalts am Sozialprodukt wieder eine Milchmädchenrechnung aufgemacht, da der Bundesfinanzminister erklärt, daß für die soziale Sicherung im Jahre 1959 mit rund 15,7 Mrd DM 40 % der gesamten Ausgaben des Bundes beansprucht würden. An anderer Stelle gibt der Bundesfinanzminister jedoch an, daß die Sozialleistungen im engeren Sinne nur insgesamt 10 Mrd DM betragen, also weniger als der reine Verteidigungshaushalt. Die Milchmädchenrechnung kommt dadurch zustande, daß der Bundesfinanzminister beispielsweise die Ausgaben für die Versorgung nach dem 15ter Gesetz sowie die Ausgaben

für die Förderung der Gesundheit, für den Sport und für die Jugendpflege sowie für die Förderung des Wohnungsbaus in den Bereich der Sozialausgaben einbezieht.

An den bisherigen Ausgabebewilligungen auf dem Gebiete der Förderung kultureller Aufgaben hat sich nichts wesentliches geändert. Die gründliche Vorbereitung einer Diskussion zur wissenschaftlichen Förderung, die durch den von den Sozialdemokraten erarbeiteten Plan "Die Zukunft meistern" notwendig werden wird, findet in dem Etatentwurf 1959 keinen Niederschlag.

Daß die Ausgaben für Verkehrszwecke, insbesondere für Straßen und die Bundesbahn ungenügend sind, wird in Fortsetzung bisheriger Erörterungen noch zu lebhaften Diskussionen Anlaß geben. Wichtig ist, daß der Bundesfinanzminister einer größeren Zweckbindung des Ertrags der Mineralölsteuer zugunsten des Straßenwesens aufgeschlossen gegenübersteht. Für 1959 wird das Aufkommen an Mineralölsteuer mit rund 1,9 Mrd DM geschätzt; davon erbringt der Kraftverkehr etwa 1,6 Mrd DM.

Für die Länder und die Gemeinden sieht der Haushaltsentwurf auch nach den Darlegungen des Ministers keine Verbesserung ihrer Lage vor und der Hinweis des Bundesfinanzministers auf die Erhöhung der Grundsteuer und die Erhebung einer Kopfsteuer kann nicht als tröstlich empfunden werden. Die Bundesfinanzpolitik überläßt praktisch die Gemeinden ihrem Schicksal und verweigert nach wie vor den Gemeinden jenen Anteil an allgemeinen Steuereinnahmen, auf den sie zu Recht einen Anspruch erheben dürften. Auch von der erhofften Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer, die als größte Steuereinnahme rund 14 Mrd DM in 1959 erbringen wird, ist nicht mehr die Rede.

Der Haushaltsausschuß des Bundestages wird sich im Januar 1959 mit dem Haushalt befassen und eine ebenso schwere wie ernste Arbeit zu leisten haben. Die öffentliche Diskussion, die durch die Rede Etzels eröffnet worden ist, könnte hierbei nützliche Dienste leisten. Sie wird sich besonders auch mit der Tatsache auseinandersetzen müssen, daß der Etatentwurf keinen Pfennig für die notwendige Erhöhung der Leistungen der Kriegsopferversorgung enthält und damit dem Parlament die Verantwortung für diese Maßnahme und für die erforderliche Deckung zuschiebt.

Sabotage der Genfer Konferenzen?

sp - Daß der Bundesverteidigungsminister kein Freund von Abrüstung und internationaler Entspannung ist, gibt er gerade in der letzten Zeit fast jeden Tag zu verstehen. Seine vorige Woche erfolgte Ankündigung, die Bundeswehr werde innerhalb von drei Jahren mit Atomraketen ausgerüstet sein, und die Ausbildung deutscher Soldaten an "Nike-Hercules"-Raketen habe schon begonnen, mußte die deutsche Öffentlichkeit schockieren. In vielen Ländern wurde sie so aufgefaßt wie sie gemeint ist: Nichts soll die Bundesregierung daran hindern, an der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen festzuhalten. Dies sagte Strauß, was er nochmals zu bekräftigen, auch dem Sonderkorrespondenten der "New York Times", Sulzberger, der in letzter Zeit europäische Hauptstädte bereiste und auch mit dem Bonner Verteidigungsminister Gespräche führte. Strauß versicherte dem amerikanischen Korrespondenten, Westdeutschland werde sich nicht durch sowjetische Erpressungen davon abbringen lassen, eine moderne atomar aufgerüstete Armee aufzustellen.

Diese Bemerkungen wurden gemacht vor dem Hintergrund der Krise um Berlin und der Genfer Konferenzen!

In Genf wird über eine Einstellung der nuklearen Waffenversuche und die Verhinderung von Überraschungsangriffen verhandelt. Die Entscheidung über Erfolg und Mißerfolg dürfte diese Woche fallen. Die Konferenz über einen kontrollierten Atombombenversuch-Stopp verzeichnet verteilungsvolle Fortschritte. Die sowjetrussischen Vertreter gaben ihre Zustimmung - bestimmt nicht ohne Wissen des Kreml - zur Errichtung von Kontrollposten auf dem Gebiete der Sowjetunion, ein Zugeständnis, das uns so schwerer wiegt, wenn man sich daran erinnert, wie heftig sich Moskau in den vergangenen Jahren gegen eine internationale Kontrolle gewehrt hat. Dieses Zugeständnis war vielleicht deshalb zu erreichen, weil der Kreis, der davon betroffen ist, sich zunächst noch auf die drei Mitglieder des Atomklubs - Großbritannien, Vereinigte Staaten und die Sowjetunion - beschränkt und auf andere Partner keine Rücksicht zu nehmen hat.

Anders und weitaus schwieriger ist es mit der zweiten parallel laufenden Genfer Konferenz bestellt, die sich mit der Verhinderung von Überraschungsangriffen zu befassen hat. Ohne Zweifel reicht diese Frage weit in die Politik hinein, sie läßt sich nicht auf technischer Ebene und von Experten allein lösen. Unter der Furcht vor Überraschungsangriffen stehen in Genf alle Verhandlungspartner, nur gegen die Meinungen darüber auseinander, wie den Ursachen dieser Furcht beizukommen ist. Ginge es nach dem besonnenen Menschenverstand, und nach politischer Einsicht, müßte man versuchen, bestehende Abschußbasen für Atomwaffen, die die andere Seite als eine unmittelbare Bedrohung empfindet, zu beseitigen, und neue Abschußanlagen nicht erst zu errichten, da die bestehende Furcht und Mißtrauen vermehren. Unlösbar ist die Verhinderung von Überraschungsangriffen mit der Errichtung von atomwaffenfreien Zonen verbunden - gegen diese Erkenntnis sträuben sich noch viele westliche Militärs, und sträubt sich vor allem Bundesverteidigungsminister Strauß, der anscheinend nicht mehr anders als in reinen militärischen Kategorien denken kann und der glaubt, die Errichtung von Abschußanlagen für Atomraketen auf deutschem Boden würde die Sowjetunion früher oder später auf die Knie zwingen. -

Welch ein tragischer Irrglaube und welche eine folgenschwere Fehleinschätzung der gegebenen Machtverhältnisse zwischen West und Ost. Die Aktivität von Strauß ist nicht rein zufällig: sie kann nur den Zweck verfolgen die am 15. Dezember in Paris tagende Konferenz der Außenminister und die darauffolgende Tagung des Atlantikpakt-Rates mit so schweren Hypothesen zu belasten, daß kein Raum mehr für Verhandlungen mit der Sowjetunion übrig bleibt.

Fernsehen und Finanzausgleich weiter gefährdet

J.F.W. Die Bundesregierung will Anfang nächsten Jahres ein Rundfunkgesetz vorlegen. Sie behauptet, mit dieser Initiative Fehler im Aufbau von Rundfunk und Fernsehen beseitigen zu müssen, die abzustellen die Rundfunkanstalten von sich aus nicht fähig seien. Man weiß, daß es der Regierung bei dieser Aktivität in erster Linie nicht darum geht, tatsächliche oder behauptete Unvollkommenheiten der Funkorganisation zu beseitigen. Ihr ist vielmehr die Überparteilichkeit der Programme ein Ärgernis, das bei dieser Gelegenheit - möglichst ohne großes Aufsehen - durch eine politische Aufsicht aus Bonn ersetzt werden soll.

Man sollte annehmen, daß die Rundfunkanstalten in dieser Situation mit allen Kräften an der Beseitigung von Schwächen in der Organisation ihrer Arbeitsgemeinschaft wirken. Nur so könnten sie den Bonner Gleichschaltungsfanatikern den billigen Vorwand für eine Einschränkung ihrer Unabhängigkeit nehmen. Befremdlicherweise scheint man aber in den Funkhäusern den Ernst der Situation noch immer nicht erkannt zu haben. Das zeigt sich schon in dem unbefriedigenden Fortgang der Verhandlungen über einen Finanzausgleich. Der Entwurf des WRV für einen solchen Vertrag regelt zwar die Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben, wie Deutsche Welle und Langwellenprogramm. Er sichert aber den kleinen Anstalten Radio Bremen, Saarländischer Rundfunk und Sender Freies Berlin nicht die Mittel für eine ausreichende Programmgestaltung. Ebenso wenig sieht er eine gerechte Verteilung der Betriebskosten für das Deutsche Fernsehen unter allen beteiligten Anstalten vor.

nicht

Das Fernsehen krankt allerdings/nur an der ungelösten Finanzierung des Gemeinschaftsprogramms. Es hat sich erwiesen, daß der Vorsitzende der Fernseh-Programm-Konferenz, der sogenannte Koordinator, mit den gegebenen Vollmachten zumindest so lange nicht für eine planmäßige Abstimmung und eine überzeugende Verbesserung des Programms sorgen kann, als im kurzen Wechsel von Jahr zu Jahr ein Fernsehdirektor aus dem Kreis seiner Kollegen herausgehoben wird, um auf diesen Posten zu wirken.

Als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten hatte daher Dr. Stadelmayer den Intendanten des Hessischen Rundfunks, Eberhard Beckmann, gebeten, dies dornenvolle Amt ab 1. Januar 1959 zu übernehmen. Ein Intendant würde als Koordinator größere Autorität als einer der Fern-

sehdirektoren genießen. Eine längere Antzperifde - man dachte an zwei Jahre - würde dem Koordinator die Möglichkeiten zu langfristiger Planung geben, deren diese Arbeit nun einmal bedarf. Schon bisher hat sich der Frankfurter Intendant besonders des Fernsehens angenommen und die deutschen Rundfunkanstalten bei internationalen Verhandlungen auf diesem Gebiet erfolgreich vertreten.

Der Plan Dr. Stadelmayers bot also echte Chancen, die Misere in der Fernsehzusammenarbeit zwischen den Rundfunkanstalten zu überwinden. Er ist gescheitert, weil das einstimmige Vertrauensvotum, das Intendant Beckmann fordern mußte, um die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit zu sichern, von den Intendanten der deutschen Rundfunkanstalten nicht zu erreichen war.

Prof. Bischoff, der Intendant des Südwestfunks, hat sich gegen die Wahl Beckmanns zum Koordinator ausgesprochen. Er soll sich dabei auf seinen Verwaltungsrat berufen haben, eine eigentümliche Begründung, da bislang die jährliche Wahl des Koordinators ohne Einschaltung der Aufsichtsgremien erfolgte. Auf den Verwaltungsrat des Südwestfunks übt, ebenso wie auf den Intendanten, die CDU-Regierung von Rheinland-Pfalz einen starken Einfluß aus. Das wird verständlich, wenn man weiß, daß die Verlängerung des SWF-Statuts und damit die Existenz dieser Rundfunkanstalt, in erster Linie von der Regierung in Mainz abhängt. Ein sozialdemokratischer Intendant aus Hessen als Fernsehkoordinator paßt nicht in die politische Rechnung der CDU von Rheinland-Pfalz und ihrer Hintermänner in Bonn. Parteipolitische Taktiken tragen so die Schuld daran, daß eine Entscheidung, die unserer Fernsehentwicklung neuen Antrieb gegeben hätte, in letzter Minute torpediert wurde.

Ein anderer Intendant, der bereit ist, die undankbaren Pflichten des Koordinators auf sich zu nehmen, hat sich nicht gefunden. Die Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten wird jetzt in ihrer Sitzung am 9. und 10. Dezember 1958 in Frankfurt/M. eine Verlegenheitsregelung treffen, um nicht zum 1. Januar 1959 ohne Koordinator dazustehen. Schon heute steht fest, daß die nochmalige Berufung eines Fernsehdirektors, der in der Vergangenheit bereits einmal als Koordinator enttäuschte, nichts weiter bringen wird, als das mühsame Hinschleppen eines unbefriedigenden Zustandes über ein weiteres Jahr. Mit der Hilfestellung des SWF-Intendanten wird so der Bundesregierung eine Handhabe für ihre Absichten, über organisatorische Reformen politische Ziele zu erreichen, zugespielt.

Mehr Geld für Verkehrsgärten

Parallel mit steigendem Lebensstandard und zunehmender Technisierung unseres Lebens verläuft eine Entwicklung, die uns alle mit Sorge erfüllen sollte: Die als Folge der Motorisierung und der steigenden Verkehrsdichte auf unseren Straßen immer bedrohlicher werdenden Unfallzahlen. Was kann gegen diese Erscheinung getan werden? Wie kann verhindert werden, daß eine an sich wünschenswerte Entwicklung wie die Motorisierung derart negative Folgen hat, die jährlich Tausenden von Menschen den Tod bringt?

Im Vordergrund aller Bemühungen muß natürlich der verstärkte Ausbau eines leistungsfähigen Straßennetzes stehen. Ohne Frage ist in der Bundesrepublik in dieser Beziehung noch sehr viel nachzuholen. Die bisher von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Mittel reichen jedenfalls keineswegs aus, um die katastrophale Lage im deutschen Straßenverkehr zu beseitigen! An zweiter Stelle wird man sich bemühen müssen, die Verkehrsgesetzgebung weiter auszubauen und sie den gegebenen Verhältnissen des Straßenverkehrs anzupassen. Die wieder eingeführte Geschwindigkeitsbegrenzung ist ein wichtiger Schritt auf diesem Wege.

Daneben muß aber noch ein wichtiger Faktor beachtet werden. Ein Blick in Verkehrsunfallstatistiken zeigt nämlich, daß selbst bei Vorhandensein eines guten Straßennetzes die Unfallzahlen noch nicht in einem ausreichenden Maße vermindert werden konnten. Die Ursache für diese Erscheinung ist leider allzu häufig die Unsicherheit der Fußgänger im Verkehr.

Besonders besorgniserregend ist immer wieder die erschreckend große Anzahl von Schulkindern, die auf diese Art und Weise an Unfällen beteiligt sind. Bereits seit längerer Zeit werden Versuche angestellt, die Verkehrssicherheit der Kinder durch Verkehrsunterricht in den Schulen zu verbessern. Leider hatten diese Maßnahmen nicht den gewünschten Erfolg. Die rein theoretische Unterrichtung reichte nicht aus, um den Jugendlichen die in der täglichen Wirklichkeit erforderliche Verkehrssicherheit zu geben.

Eine Möglichkeit, die Nachteile des rein theoretischen Verkehrsunterrichtes zu umgehen, ist in der Einrichtung von Jugendverkehrsgärten gegeben.

Der Vorteil einer solchen Anlage liegt darin, daß die Kinder die Verkehrsregeln "spielend" lernen und daß sie sich aus eigenem Erleben an Verkehrssituationen gewöhnen, wie sie heute im Straßenverkehr fortwährend gegeben sind.

Dem Vorbild Stuttgarts folgend, hat inzwischen eine Reihe von Städten Jugendverkehrsgärten in der oben geschilderten Art angelegt. Viele Gemeinden haben die Absicht, ebenfalls diesen neuen Weg zweckmäßiger Jugendverkehrserziehung zu gehen. Oft aber fehlt ihnen das Geld dazu, denn die Anlage eines Jugendverkehrsgartens ist sehr kostspielig.

In solchen Fällen wäre es Aufgabe der Länder, hier helfend einzuspringen. Für sozialdemokratische Landespolitiker aber sollte es selbstverständlich sein, solchen Plänen ihre Zustimmung nicht zu verweigern.

+ + +